

ingenommen und damit
Gelegenheit gegeben,
seiner Gesundheit zu kräf-
tigen. In der ersten
Hälfte des Jahres
wurde in außerordentlich
kurzer Zeit ein großer
Anteil der Bevölkerung
erkrankt. Die Krankheit
verbreitete sich rasch
auf die umliegenden
Gebiete. Die Krankheit
wurde durch die
Verbreitung der
Krankheitserreger
verbreitet. Die
Krankheitserreger
wurden durch die
Verbreitung der
Krankheitserreger
verbreitet.

er,
öcke
er-
ur.

ir empfehlen
unserem Lager
neuenburg in der
Sonne" folgende
uttermittel
Gerste,
Mais,
und gemahlen,
vortreffliches
uttermehl 5,
Nachmehl.

ert & Schmidt.
treten durch
gen Mahler,
Neuenburg.

Arnha.
Eine gute
Fahr-
Ruh,
end, steht dem Verkauf
Christian Hermann.
Hohenhausen.
gute
und
uh,
4. Halb, hat zu ver-

Roth, Witwe.
Hingweiler.
Läufer-
Schwein
100 Pfund), auch zur
eignet, verkauft
Bermed.

sierklagen
gratis
er, um eine neue für
phischer höchst wichtiger
schnell bekannt zu machen,
n, der mir seine Adresse

Spezialhaus
Inns Jarko,
Stettin 754.
arlehen
Höhe von 1000 Gold-
ermittelt prompt und
Eugen Mahler,
Neuenburg.

Bezugspreis:
Halbmonatlich 17 Neuenbürg
30 Neuenbürg. Durch die
Post im Ort- u. Oberamts-
bezirk, sowie im sonstigen
inländ. Verkehr 30 Gold-
pfennig m. Postgebühren.
Preis freibleibend.
Nachnahme vorbehalten.
Preis einer Nummer 10 Gold-
pfennig.
In Fällen von ab- oder zu-
wenig bezogenem Ansehen
auf Lieferung der Zeitung
über auf Rückzahlung des
Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle
Poststellen, in Neuenbürg
außerdem die Buchhändler
jederzeit entgegen.

Druck und Verlag des E. Mecklenburger Buchverlags (Jahres D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag des E. Mecklenburger Buchverlags (Jahres D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr 54

Neuenbürg, Dienstag, den 4. März 1924.

82. Jahrgang.

Deutschland.

Offenburg, 1. März. Die Franzosen verlangen die Aus-
führung eines massiven Baues in der Nähe der landwirtschaft-
lichen Halle, um die in verschiedenen Wirtschaften untergebrach-
ten Büros zu vereinigen. Der Neubau in der Silberstraße soll
von den Franzosen zu diesem Zweck in Anspruch genommen
werden. Ferner haben die Franzosen der Schutzmannschaft nicht
gestattet, die Wachenanlagen zu betreten. Wie man weiter
hört, soll das städtische Kesselfeld, das erst vor kurzem von
den Franzosen zurückgegeben wurde, ihnen wieder zur Verfü-
gung gestellt werden, um dort eine Kantine einzurichten.

Vom Bodensee, 1. März. Zur Uebernahme der Bodensee-
häfen von der Reichsbahn schreibt die Deutsche Bodenbesetzung,
daß die sämtlichen Häfen und Landungsplätze aus dem Besitz der
Reichsbahnverwaltung in allerhöchster Eile an die Reichsbahn-
bahnen übergeben. Durch diese Uebernahme wird in Zukunft eine
einheitliche Regelung in der Verwaltung erfolgen. Die Lande-
plätze und die Häfen müssen allerdings eine gute Ausbesserung
erfahren, da wegen der langen Verhandlungen fast nichts mehr
verbessert wurde. Für diese Verbesserungen sorgt nunmehr
einheitlich die Reichsbahnverwaltung, die die betreffenden Bahn-
meisterstellen, die Hafenmeisterstellen in Konstanz und die ein-
zelnen Uferbehörden werden von den Beamten übernommen.
Eine Beamtenkommission wird nachstens alle Uferplätze
des Ober-, Uferlinger- und Untersee zwecks endgültiger Ue-
bernahme bereiten.

Jena, 2. März. Am den vom „Jungferntag“ für Sonntag
geplanten Deutschen Tag zu Jena, hatten die Kommunisten
nach Jena Kräfte zusammengezogen. Die Landespolizei mußte
vielfach im Laufe des Tages gegen Störungen kommunistischer
Demonstrationen und Kundgebungen einschreiten. Es wurden
über 20 Personen aus dem kommunistischen Lager wegen Un-
ruhes wegen der Staatsgewalt verhaftet, darunter auch zwei
kommunistische Landtagsabgeordnete. Der Festtag des „Jung-
ferntags“ ist programmäßig verlaufen. Am Mittertag war über-
all die Ruhe wieder hergestellt.

Evangel. Landeskirchenversammlung.

Stuttgart, 1. März. Im weiteren Verlauf der Samstag-
sitzung wurden Wahlen vorgenommen. Gewählt wurde von 77
anwesenden Abgeordneten zum dritten Mitglied des Landes-
kirchen-Ausschusses Abg. Reiff mit 71 Stimmen, zum ersten und
zweiten Stellvertreter des Präsidenten der Landeskirchenver-
sammlung die Abg. Mayer 1 mit 77 und Vortmann mit 71
Stimmen, zum ersten und zweiten Stellvertreter des Mitglieds für
das dritte Mitglied des Kirchenausschusses die Abg. Groß mit
74 und Mayer-Welt mit 73 Stimmen, zum Kirchenratsmitglied
an Stelle des ausgeschiedenen Abg. Ruch Hohenlohe der
Abg. Mayer 1 mit 76 Stimmen, zur Ergänzung des händigen
Ausschusses werden gewählt die Abg. Welsch mit 74, Reiff mit
76 Stimmen, endlich fünf Stellvertreter für die Mitglieder des
händigen Ausschusses: Schürken 1 mit 76, Carl mit 73, Zand-
berger 1 mit 75, Böller mit 75, Schwandner mit 71 Stimmen.

Die Aufhebung der Kreisregierungen.

Staatsrat Dr. Dörmann wird die Aufhebung der
Kreisregierungen in einem längeren Aufsatz. Er weist darauf
hin, daß sie sich im Jahre 1924 einer Lebensdauer von 106
Jahren nähern können und daß sie ein jedes Leben hätten
angeht, daß die Kammer der Abgeordneten fünf-
mal ihre Aufhebung verlangte. Die Aufhebung der Kreis-
regierungen wurde im Laufe des vorigen Jahrhunderts immer
mehr ausgeübt, namentlich mit Ausnahme der allgemeinen
Förderung von Landwirtschaft, Industrie und Handel wurde
den Kreisregierungen der beste Teil ihrer Tätigkeit, das was sie
unmittelbar fruchtbringend, leistungsfähig und vollständig machen
konnte, entzogen. Die Hauptfrage war immer: die, auf wen ihre
Zuständigkeiten übertragen sollten. Jetzt besteht folgender Plan:

Es war nun immer, seitdem an die Aufhebung der Kreis-
regierungen gedacht wurde, die Hauptfrage die, auf wen ihre
Zuständigkeiten übertragen sollten. Sie ist es heute noch. Die
verschiedenen Möglichkeiten näher auszuführen, würde hier zu
weit führen. Jetzt ist der Plan folgender: Es soll möglichst viel
in die Zuständigkeit der Oberämter und Bezirksräte überwie-
sen werden, nämlich all das, wovon im allgemeinen gesagt werden
kann, daß die Tragweite seiner Behandlung und Entscheidung
sich nicht über die örtliche Bedeutung hinaus erstreckt. Hierher
gehören 1. A. die Gegenstände im Gebiet der Staatsangelegen-
heiten, des Polizeiwesens, namentlich der Gewerbe- und Wasser-
polizei, des Vereinswesens, des Auswanderungswesens, der
Jugendangelegenheiten für Körperlichkeitswesen usw. Von diesen
Gegenständen sollen wiederum alle diejenigen den Bezirksräten
vorbehalten bleiben, bei denen durch kollegiale Erörterung und
Beschlussfassung eine Förderung zu erwarten steht, wobei auch
die Frage in Betracht kommt, ob nicht die Mitgliedszahl der
Bezirksräte verringert werden sollte, um die Bezirksräte als
Verwaltungskörper recht geeignet zu machen. Ferner würden
an Stelle der bisherigen Verwaltungsgeschichte erster Instanz
sämtlich die Oberämter im Weg des Verwaltungsbereichs tätig
werden. Gegen diesen Verwaltungsbereich wäre der Rechts-
mittelweg an den Verwaltungsgerichtshof zulässig. Dagegen
würden nun die Gegenstände von einer größeren und weiter
reichenden Bedeutung dem Ministerium des Innern und zwar
diesem selbst zufließen, also ohne daß eine neue Mittelstufe
geschaffen würde. In diese Zuständigkeit des Ministeriums würde
insbesondere fallen die gesamte Tätigkeit als Aufsichtsinstanz
gegenüber großen und mittleren Städten, gegenüber Amtsfor-
schüssen und Landammern, Landräten, Kreisverwaltungsstellen
und Bezirksangelegenheiten, Rekurse nach § 20 und 21 der Ge-
werbestatuten, Beschwerden gegen oberamtliche Strafverur-
teilungen und Strafverurteilungen.

In diesem Verteilungsplan kommen zwei leitende Gedanken

zum Ausdruck, nämlich der der Zentralisation der Verwaltung
und der einer Stärkung der Selbstverwaltung. Die Oberämter
sollen gestärkt werden als die tragenden Pfeiler der inneren
Verwaltung. Darum hängt diese Reform auch innerlich eng
zusammen mit der Forderung einer Ausdehnung der Bürgerge-
meinden und solcher anderer Ämter, die nach den heutigen Ver-
hältnissen entbehrt werden könnten. Schließen sollen die
Ämter von einer bestimmten Größe und Volkszahl mit wirt-
schaftlich bedeutenden Bezirken, die zugleich wirtschaftlich lei-
stungsfähige Selbstverwaltungsförderung umfassen; und die
Vorstandsstellen dieser Ämter sollen noch mehr als bisher als
besonders wichtige Stellen der Verwaltung mit ausserordentlich
tüchtigen Männern besetzt werden, mit Männern, die hier ein
genügend weites Feld selbstständiger verantwortlicher Tätigkeit
finden, denen die unmittelbare Förderung lebenskräftiger Glie-
der des Landes anvertraut wird.

Schwerlich und überhaupt wird dieser Abbau für die ver-
dienten treuen Beamten, dann aber auch für die Kreisräte
Ulm, Ludwigsburg, Reutlingen und Ellwangen sein, besonders
für letztere. Aber die erstrebte weitreichende Vereinigung
der Verwaltung zusammen mit der zu ersiehenden bedeutenden
Ersparnis rechtfertigt heute diese Opfer.

„Der Reichstag zu praktischer Arbeit nicht mehr geeignet.“

München, 1. März. Nach der „Münchener Postzeitung“
erklärte Reichsminister Emminger auf dem Parteitag der Baue-
rischen Volkspartei, die jüngsten Wahlen in Sachsen, Thüringen,
Hessen und Mecklenburg, sowie der Gang der Generaldebatte
des Reichstages habe ergeben, daß dieser vollständig unter dem
Einfluß stehender Reichstag auf längere Zeit zu praktischer
Arbeit nicht mehr geeignet sei und daß alle seine wichtigen
Entscheidungen unter der Aufsicht stehen, daß er den Wahl-
willen des Volkes nicht mehr wiedergebe.

Reichstagskanzler Dr. Marx gegen Ludendorff.

Berlin, 1. März. Im Reichstag fand gestern Abend eine
Verhandlung des Volksvereins für das katholische Deutschland
statt, in der Reichstagskanzler Dr. Marx und Reichsarbeitsminister
Dr. Brauns sprachen. Der Reichstagskanzler bezeichnet es als ein
nationales Verhängnis, daß viele Kreise des Volkes dem neuen
Staatsverhältnis gegenüber feindselig gegenüberstehen. Es sei ge-
wissenlos, die Mitarbeit am Staatswohl von der Staatsform
abhängig zu machen. Nach der Annahme der deutschen Verfas-
sung habe der neue Staat eine unbestreitbare Rechtsgrundlage.
Wer diesen Staat durch Ränke oder andere gewalttätige Hand-
lungen beseitigen wolle, sei ein Hochverräter. Zum Schluß
wies sich der Reichstagskanzler entschieden gegen die bekannten
Ausführungen Ludendorffs über die deutschen Katholiken, die
er als Verleumdung zurückweist. Auch der Reichsarbeitsminister
Dr. Brauns wandte sich gegen Ludendorff. In seiner Jurisdi-
ktion des Angriffs Ludendorffs auf Erzbischof Heide
Dr. Brauns mit, daß im Herbst 1918, als in Berlin über die Frage
der Absetzung des Kaisers und die Abschaffung der Monarchie
verhandelt wurde, das Zentrum und insbesondere Erzbischof
für das Verbleiben der Hohenzollern sich eingesetzt hätten.

Zumutlicher Verlauf des sozialdemokratischen Parteitag

Am Sonntag fand in Berlin der Parteitag der Sozial-
demokraten von Berlin und Teutonia-Verband statt, um die Auf-
stellung der Kandidaten für die Reichstagswahlen vorzunehmen.
Die radikale Richtung forderte als Spitzenkandidaten Crispian
und Jübel, während die Richtung des Parteivorstandes, be-
ziehungsweise der Reichstagsopposition Seimann und Edward
Bernstein als Spitzenkandidaten vorschlug. Crispian und Jübel
wurden mit 260 gegen 220 Stimmen gewählt. Im Anschluß
hieran kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, die damit
endeten, daß alle Kandidaten der eigentlichen Sozialdemokrati-
schen Partei, wie Seimann, Bernstein und andere ihre Kandi-
datur niederlegten. Vereinzelt soll bereits von einer ganz scharf
bevorstehenden Spaltung gesprochen worden sein. Der Partei-
vorstand Wittmann, der zur Einigung mahnte, wurde nieder-
gedrückt. Zu neuen Zusammenstößen führte ein Antrag der
radikalen Gruppe, der Bezirksrat möge die Aufstellung Jübel
als Spitzenkandidaten für Hannover beantragen. Nach ler-
nenden Kundgebungen und mehrfacher Abstimmung wurde der
Protest im Vorstand für angenommen erklärt.

Ausland.

Der Briefwechsel MacDonald-Poincaré.

Paris, 2. März. Der Brief, den MacDonald am 21. Fe-
bruar an Poincaré gerichtet hat, hat folgenden Wortlaut: Der
freundschaftliche Charakter der Antwort, die Sie auf meinen
Brief vom 26. Januar gegeben haben, ermächtigt mich, den Ver-
such zu machen, eine neue Etappe in dem Aufklärungsdiens der
Schwierigkeiten zu versuchen, die in den Beziehungen unserer
beiden Länder entstanden sind. In dem gegenwärtigen Briefe
ist es mein Wunsch, diesem gegenseitigen vollkommenen Ein-
verständnis den Weg dadurch zu ebnen, daß rücksichtslos die
Schwierigkeiten untersucht werden, die mich erwarten, und die
Art und Weise ausgedrückt wird, wie ich die Lage auffasse. In
der Lage, in der wir uns befinden, will ich weder in eine Dis-
kussion eintreten, noch bestimmte Vorschläge formulieren. Meine
Absicht ist einzig und allein, Ihnen klar vor Augen zu halten,
daß nach meiner Ansicht die Schwierigkeiten und Streitigkeiten
der Vergangenheit nicht absolut unüberwindlich gewesen sind, und
Sie der Bereitwilligkeit zu versichern, die ich in Zukunft zeigen
werde, um das ganze Problem in seinen großen Linien und
seinen wesentlichen Bestandteilen einer neuen Prüfung zu unter-
ziehen. In der ausgetauschten Korrespondenz haben wir viele
auf die Forderungen und das Gewicht der öffentlichen Meinung

in Frankreich hingewiesen. Ich habe mich selbst bemüht, nicht
allein die Auffassungen und Wünsche meiner Landsleute zum
Ausdruck zu bringen, sondern mir immer auch aus dem Geiste
der Sympathie heraus über den Stand der öffentlichen Meinung
Frankreichs klar zu werden.

In England ist das Empfinden weit verbreitet, daß Frank-
reich entgegen den Bestimmungen des Versailler Vertrags eine
Lage zu schaffen versucht, die ihm das verdrängen soll, was es
während der Friedensverhandlungen zwischen den Alliierten
nicht habe durchsetzen können. Diejenigen unter meinen Lands-
leuten, die diesen Eindruck haben, stehen auf dem Standpunkt,
daß das eine Politik ist, die nur die Ungewissheiten und Gefah-
ren einer Lage verursacht, die man nicht Friedenszustand, son-
dern vielmehr Kriegszustand nennen müßte, und daß diese Poli-
tik schließlich alle Sicherheitsgarantien zunichte machen würde,
die Frankreich vorübergehend durchgesetzt hätte. Es hat in
Frankreich viele Kreise gegeben, die sich eingegeben haben, daß
die reifliche Uebergabe Deutschlands automatisch und für immer
von dieser Drohung befreit würde, die — darüber bin ich mir
völlig klar — tatsächlicher Art war. Gewisse Leute haben ge-
glaubt, daß die Grenzen Frankreichs bis zum Rhein ausgedehnt
werden müßten, wenn ihr Land eine unbedingte Sicherheit erzie-
len wolle. Diese Erwartungen sind enttäuscht worden. Anstelle
der Abgrenzung hat man ihnen nur eine solidarische Bürgschaft
Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika an-
geboten. Dadurch aber, daß Amerika sich absetzt, ist dieses
Angebot hinfällig geworden. Seitdem haben die Franzosen mit
einer Berechtigung verlangt, an die Stelle des Garantiever-
trages andere greifbare Garantien zu legen.

Was die Reparationen anbelangt, so hat die Öffentlichkeit
in Frankreich eine weitere Enttäuschung erlebt. Weder die so
gut wie unbegründeten Hoffnungen, die der Sieg hat entziehen
lassen, noch die 1921 erfolgten Schätzungen verlässlicher Art
haben tatsächlich in dem richtigen Verhältnis zu den wirtschaft-
lichen Zuständen, wie sie heute vorliegen.

Die Lage Englands ist eine ganz andere. Unsere Sicher-
heit zu Lande und zu Wasser ist vor drohenden Gefahren, aber
unter Wirtschaftslieben ist in schwerer Gefahr gebracht worden,
nicht dadurch, daß Deutschland auferstand war, Reparationen zu
zahlen, sondern durch den tiefgehenden und anhaltenden
Verfall der europäischen Märkte, dessen Hauptursache die stän-
dige Ungewissheit der Beziehungen zwischen Frankreich und
Deutschland ist, das wirtschaftliche Chaos, das, wie die heftigen
Schwankungen des Wertes der deutschen Währung es bezeugen,
andauert, und schließlich die Ungewissheit, die sich in den Be-
ziehungen zwischen Frankreich und England eingestellt hat.
So ist es gekommen, daß die Bevölkerung unseres Landes mit
Besorgnis den von Frankreich getragenen Entschluß betrachtet,
Deutschland zugrunde zu richten und auf dem Festlande zu betrie-
ben ohne Rücksicht auf unsere vernünftigen Interessen und die
künftigen Folgen, die sich daraus für die Regelung der euro-
päischen Angelegenheiten ergeben. So empfinden sie eine ge-
wisse Furcht vor der starken militärischen Leistung, die nicht
nur in Ost-, sondern auch in Westfrankreich unterhalten wird.
So fühlt sie sich verunsichert durch das Interesse, das Ihre Re-
gierung für die militärische Organisation der neuen Staaten
Mitteluropas bekundet, und so fragt sie sich schließlich, warum
alle diese Betätigungen die finanzielle Unterstützung der
französischen Regierung genießen ohne Rücksicht auf die Tatsache,
daß der britische Steuerzahler an 30 Millionen Pfund Sterling
aufzubringen hat, um die Zinsen der in Amerika aufgenommenen
Kleihen zu bezahlen, und daß unsere Steuerzahler außer-
dem große Summen opfern müssen, um die Zinsen für die fran-
zösische Schuld bei England zu bezahlen, während Frankreich
seinerseits, soweit der englische Steuerzahler steht, für diese
Schuld ein dem sehnigen entsprechenden Opfer weder gebracht
noch vorgeschlagen hat. Vollständige Umwälzungen dieser Art
sind, so irig sie auch sein mögen, Faktoren, die Sie ebenso wie
ich zu berücksichtigen genötigt sind. Nach meiner Ansicht ist es
dieser Stand der öffentlichen Meinung in den beiden Ländern,
der unsere Beziehungen in der Vergangenheit beeinträchtigt
und für unsere beiden Regierungen Anlaß gegeben haben diese
sich zu Streitigkeiten über die Symptome der Krankheit hin-
reichen zu lassen, ohne daß sie sich bemüht hätten, in voller
Arbeit und mit gesundem Menschenverstand nach den Ursachen
zu forschen. Das ist ein höchst ungeliebter Zustand, der mich
stark beschäftigt, und der, wie ich annehmen darf, auch Sie be-
unruhigt. Ich wünsche von ganzem Herzen, daß wir, Sie und
ich, zusammen versuchen, diesen beiden Teilen der öffentlichen
Meinung, der französischen und der englischen, das Vertrauen
zu verschaffen, daß ihre Befürchtungen und ihre Empfindlich-
keiten auf dem Wege sind, grundlos zu werden. Indessen ist es
heute nicht meine Absicht, mich über Fragen zu verbreiten, wie
die des Ruhrgebiets, der Besetzung der Rheinlande oder die
italische Frage. Ich sage lediglich, daß keiner von denen, die
die Obliegenheit haben, die öffentliche Meinung in England zu
beobachten, es sich gefallen kann, die Augen vor den dringenden
Notwendigkeiten zu verschließen, in diesem Punkte unverzüglich
zu einer Regelung zu gelangen. Ich bin mir völlig klar über
dies, daß die Meinungsverschiedenheiten, die hinsichtlich dieser
Probleme zutage getreten sind, nur die Symptome eines wei-
terreichenden Mangels an gegenseitigem Vertrauen darstellen.
Ich sehe keine Möglichkeit für uns, über diese Fragen und zu
verhandeln, wenn es uns nicht zuerst gelingt, durch eine frei-
willige und mutige Auseinandersetzung eine Annäherung hin-
sichtlich der wesentlichen Punkte zu erreichen im Verhältnis zu
denen, deren Probleme lediglich subjektive Bedeutung haben.
Das Sicherheitsproblem ist nach meiner Ansicht keineswegs ein
rein französisches Problem. Es ist vielmehr ein europäisches,
das in gleicher Weise England, Deutschland, Polen, die Tscheko-
slowakei, Ungarn, Südslawien, Rußland, Rumänien, Italien
und Griechenland interessiert. Unsere Aufgabe muß darin be-

Kreisarchiv Calw

dränge der Geschäft-
 lings Dittlerprolog
 einging und drück-
 eben wir nicht an.
 Kundenstift um das
 erwarb, unser Be-
 eines aber wol-
 ständlich bringen, und
 bestimmen: Luten-
 in der Weltkrieg,
 einträuflich durch seine
 er sich nicht feinen
 der jederzeit taufstoll
 n verleiht? Gerade
 oortungsgefühl Dine-
 n Aufstörung, zu
 driff stofflos, ant-
 n sich jagen, daß in
 schiedliche Unmöglich-
 geht, so sage ich dir,
 mar eine Verjaum
 vom Bezirks-
 liggig Paul Kuma-
 der Sammlung erstellte
 das Wort. Dieser
 schäfts- und Kosten-
 tungen. Da ja die Aus-
 benfallsammlung
 kann gegeben wur-
 der darauf einzu-
 zuweisen. Im Zu-
 nerein können mög-
 auf diesen Zweck sol-
 t sein, daß sie den
 lich bezahlen, son-
 eingerichtete Spar-
 soll geworden und
 n wurde die Men-
 schlichte eindrucklich
 -Wf.-Stück in den
 zu erwerben. Der
 daß unsere Ziele
 ran von ihr erwar-
 des Glückwuns-
 und bezeichnet, daß es
 sten Bedarfsartikel
 wualtung nicht schul-
 vor allem die Selbst-
 Verhältnisse ein-
 vorkommen und
 befriedigt werden
 wieder ausgegeben
 tung des Geschäft-
 der vielen Verkaufs-
 sei gewesen, daß
 n gelebt und ihren
 eben, wo sie die Pa-
 berein für die Mit-
 tisch und Lager bil-
 Wenn der Konsum-
 die Konkurrenz
 n. Kann freut sich
 schichtortomitlebende
 der Zeitung konnte
 die jenseitige Konkur-
 freut sich, daß die
 ung Knebner ge-
 hält sind, über die
 tlich sind. Nachdem
 en waren, schloß der

mit freiem Fuß und ist auch nicht von seinem Amte als Gemeinderat entbunden worden. Im Jahrestag der Tat brachte nun ein sozialdemokratischer Gangverein, 16 Personen stark, dem Messerhelden am hellen Nachmittag ein Ständchen dar, was helle Empörung in der Gemeinde hervorrief. Von der Steinener Arbeiterkass' war kein einziger dabei, es wurden Sänger aus dem roten Bärth' herangezogen, um diese Herausforderung in Szene zu legen. Nach diesem Ständchen wurde dann mit Stindiger zusammen in der Krone der jubelnde Jahrestag weitergefeiert.

Vassingen (Amt Donaueschingen), 2. März. Im Schnee haben geblieben.) In der Nacht vom Samstag auf Sonntag erstönte um 10 Uhr die Sturmflode. Aber nicht der Feuerwehrie sie, sondern mit Schaufeln und Jadeln bewaffnet mußten die hiesigen Mannen ausziehen, um die zwei seit abends 6 Uhr bhm. 7 Uhr fälligen Personengüge aus dem Schnee zu klaufen, der ihnen buchstäblich bis an den Hals, d. i. den Schornstein der Maschine ging. Es war ein schweres Stüd Arbeit in der kalten Erensnacht. Um 2 Uhr war das Wert getan. Gut, daß die Vassinger Mannen nicht gerade so rüchloslos sind wie die Bahnverwaltung, sonst würden wohl die Hüge noch steiler. Die Direktion hat es nämlich durch Ausstellen von Hügen fehtiggebracht, daß die Bewohner der Baargemeinden kaum mel nach Freiburg kommen können zur Erledigung von Geschäften es sei denn, sie bleiben dort über Nacht. — Vielleicht denkt leht die Bahn sozialer.

Waldbach, 1. März. Die Strafkammer hat am Freitag über die letzten Angeklagten im Wiesentaler Puttschpach das Urteil gefällt. Von den 27 Angeklagten, die sich wegen Landriedensbruchs und Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz bei den Bedrter Unruhen zu verantworten hatten, wurde der Hauptangeklagte, der Tagelöhner Ernst Debe von Wehr zu einem Jahr neun Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust, und der Schlosser Josef Lebs zu einem Jahr Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Weiter erhielten der Angeklagte Leber 1½ Jahre, die Angeklagten Langendorff und Gang je 1 Jahr Gefängnis, während die übrigen Angeklagten zu mehrmonatigen Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Vier Angeklagte wurden freigesprochen.

Heidelberg, 1. März. Ein Währiger Handlungsgehilfe von hier hat sich gestern mittag vom Turm des Königtuhls freiwillig herabgestürzt und war sofort tot. Ursache: Lebensmüdigkeit. Dies ist der dritte Selbstmord von diesem Turm.

Mannheim, 1. März. Wie kürzlich in der Presse berichtet, wollte die 31 Jahre alte Eva Christina Martin ihren Mann, den Kaufmann Reinhard Martin, in ihrer Wohnung in Redarau, nachdem verschiedene Vergiftungsversuche schlagfehlen hatten, unter Mithilfe der 37 Jahre alten Ehefrau Maria Magdalena Deil mit einer Kolladenkugel erhängen, um einen andern heiraten zu können. Der Mann konnte noch um Hilfe rufen und sank dann ohnmächtig zu Boden. Gensdarmen eilten auf die Rufe herbei und bereiteten das beabsichtigte Verbrechen der beiden Frauen. Die Ehefrau Deil, die ebenfalls wie die Martin ihren Ehemann gerne um die Gde gebracht hätte, wollte im lehten Sommer ihren Mann vergiften, allein es gelang ihr nicht. Der 40 Jahre alte Malergehilfe Erhard Joseph Stridde aus Mannheim verschaffte den beiden Frauen je einmal hintereinander giftige Stoffe, die aber nichts anderes waren als Kofein und gloriores Kali. Für dieses „Gift“ ließ er sich von den Frauen ganz erhebliche Geldbeträge bezahlen. Außerdem zeigte er ihnen, wie sie den beiden Männern die Schlüge um den Hals legen sollen. Der 42 Jahre alte Rortmacher Heinrich Deil verübte an der Frau Martin eine Verewessung wegen einer Tabakshaltung. Die 34 Jahre alte Ehefrau Anna Kinkel von Heidelberg und die 38 Jahre alte Ehefrau Anna Feich hatten Kenntnis von dem Vorhaben der Martin und der Deil, unterließen es aber, Anzeige davon zu machen. Nun hatten sich alle sechs Personen vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten. Das Urteil lautete gegen die Angeklagte Frau Martin wegen veruchten Mordes auf 1 Jahre Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre, gegen Frau Deil wegen Mordversuchs und Totschlagsversuchs auf 1½ Jahre Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre, gegen den Malergehilfen Stridde wegen Betrugs auf 5 Monate Gefängnis, gegen Heinrich Deil wegen Verewessung auf 6 Monate Gefängnis. Frau Kinkel und Frau Feich wurden freigesprochen.

Mannheim, 1. März. Der Haupttrüdelwüter: der müßen und gefährlichen Ausschreitungen am 15. Oktober v. J., wobei der Oberstadtmeyer Wötter und der Arbeiter Schuler erschossen wurden, hatte sich heute in der Person des 27jährigen kaufmännischen Angestellten Friedrich Diez aus Mannheim vor der Strafkammer zu verantworten. Die Anklage legte ihm zur Last, daß er am 15. Oktober die Erwerbslosen zu Demonstrationen und Pländerungen und zum Widerstand gegen die einschreitenden Polizeibeamten aufgereizt habe. Der Angeklagte bestritt, zu Demonstrationen oder Gewaltthaten aufgefördert zu haben. Die Zeugenernehmung befähigte im allgemeinen die in der Anklageschrift enthaltenen Behauptungen. Diez wurde zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt.

Bermischtes.

Eröffnung der Leipziger Messe. Die Leipziger Messe wurde Sonntag vormittag eröffnet. Gleich nach der Eröffnung der Messehäuser legte der Rosenwerfer und das Geschäft ein und zwar in außerordentlich großer Stärke. Bereits in der Mittagsstunde betrug die Zahl der Geschäftszugher 120 000, ein bisher am ersten Dienstag noch nicht erreichter Rekord.

Generalmajor Groß gestorben. Der Gründer des halbkarten Systems, Generalmajor a. D. Hans Groß, einer der ältesten Angehörigen der früheren deutschen Luftschiffertruppe, ist dieser Tage im Alter von 64 Jahren verstorben. Aus der Pioniertruppe beborzugangen, war er neben anderer Verwendung in den Bescherstruppen als Leutnant, Hauptmann und Kommandeur der Luftschiffertruppe für die Entwicklung der Luftfahrt tätig. Im besonderen machte er sich verdient um die wissenschaftlichen Ballonfahrten, die vom Jahre 1891 ab stattfanden und anfangs fast durchweg von ihm geführt wurden. In die Zeit seiner Führung des Luftschifferbatalions vom Jahre 1906 ab fallen die Versuche mit Militärballons. Groß war der Erbauer des ersten deutschen Militärballonschiffes, das nach dem halbkarten System angelegt war.

Kollisionsrettungswert in den Wüsten. Der amerikanische Flieger Fred Voon schlang sich kürzlich, als sein Apparat zu Woston in Texas etwa 200 Meter von der Erde entfernt im vollen Flug war, von seiner Maschine, um das Leben der Schauspielerin Kosalie Gordon zu retten, die nach dem Versagen ihres Ballons in der verweirterten Lage unter dem Hangegeß ihrer Maschine hing. Die beiden Herren, die mit ihr die Fahrt machten, sahen sie fallen und die Schauspielerin wies wie ein Stein zur Erde gestürzt, wenn sich nicht glücklicherweise die Seile ihres Fallschirms in ein Im unter der Maschine verwickelt hätten. Der eine ihrer Fallschirmer, der unter dem Namen Diavolo bekanntgewordene Fliegerakrobat, war, um sie zu retten, aus dem Flugzeug gekrochen und hatte den vergeblichen Versuch gemacht, die am Seil hängende Kollegin an Bord zu ziehen. Fred Voon hatte den Vorgang von ferne gesehen und war in schnellem Flug herbeigeeilt. Er brachte sein Flugzeug möglichst nahe an das andere heran und ersahnte den gün-

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 3. März. (Landesproduktenbörse.) Infolge des milden Wetters ist die Stimmung auf dem Getreidemarkte etwas ruhiger geworden. Die Preise sind nahezu unverändert. Es notierten je 100 Kilo: Weizen 20,25—20,75 (am 28. Febr.: 20,25—20,75), Sommergerste 21,75—23 (21,50—22,50), Roggen 17,25—17,75 (17,50—18), Hafer 14,25—14,75 (14—14,5), Weizenmehl 30—31 (30,25—31,25), Brotmehl 27—28 (27,25—28,25), Kleie 9—9,5 (unv.), Weizenheu 8,5 bis 9 (8—8,5), Kleehheu 9—10 (unv.), drahtgepreßtes Stroh 5,25 bis 5,75 (5,50—7) Mark.

Fruchtmärkte. Tübingen: Es notierten je 100 Kilo: Dinkel 16,80—18, Haber 15—16, Kernen 23, Weizen 22—24 (Saatweizen 26), Gerste 20—22 (Saagerste 24) Mark. — **Winnenden:** Zufuhr 240 Ztr. Weizen, 229 Ztr. Haber, 23 Ztr. Gerste, 20 Ztr. Dinkel und 7 Ztr. Roggen. Preis für Weizen 11—12, Haber 7,50—8, Gerste 11 bis 11, Dinkel 11 und Roggen 10,20—11 Mark je der Ztr. — **A. d. dem Wochenmarkt** kosteten frische Candieren 12—13 Pfg. das Stck und Condbutter 1,80 Mark das Pfund.

Weinversteigerungen. Fellbach. Bezahlt für Mittelfeld 1923 150—170 Mark, für Bergweine 160—191, für gemischt Mittelfeld und Bergwein 157—163 und für ein kleines Quantum Bergwein 1922 112 Mark je der Hektoliter. — **Weinsheim.** 1922er 40—43 Mk., 1923er Rotwein 75—100, Schillerwein 67—70 Mark je Hektoliter. Bei Weinsheim waren bis zu 80 Mark geboten, aber es kam kein Verkauf zustande. — **Schwaigern.** 1923er Rotwein sowie Schillerwein 70—71 Mark, 1922er 55—70 Mark. Die Versteigerung in Weinsheim wurde eingestellt, weil die Angebote zu gering waren.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 3. März. Dem Vernehmen nach war die Aufhebung der vier Kreisverlegungen auf den 1. April ds. Js. geplant. Es scheint nun aber, daß die entsprechende Verordnung um einige Zeit verspätet erscheinen wird, so daß mit der Aufhebung der vier Kreisverlegungen erst auf 1. Mai ds. Js. zu rechnen sein wird. Ihre Beamten werden in den zeitlichen bzw. dauernden Ruhestand versetzt werden.

München, 3. März. Die Bayerische Volkspartei hielt in München eine Landesauskunft ab und sprach vor allem dem Reichsjustizminister Emminger volles Vertrauen aus. — Der für die Wahlen gebildete nationale Block, der Stützpunkt der Bayerischen Mittelpartei, hat als Landtagskandidaten den Führer der Vereinigten nationaldeutschen Verbände Bayerns, Professor Bauer, und den Syndikus des Bayerischen Industriellen-Verbandes, Geheimrat Dr. Kühle, aufgestellt.

Birmensdorf, 3. März. Nach den bekannten blutigen Vorgängen vor dem Bezirksamtsgebäude sind von den Franzosen etwa 25 Separatisten im Polizeigebäude untergebracht worden, die auf Befehl der französischen Bezirksdelegation von der Stadt mit Lebensmittel und Schutzwirk versehen und verpflegt werden müssen. Bis jetzt sind 10 dieser Separatisten, unbekannt wohn, abtransportiert worden. Im südlichen Krankenhaus, in dem ein deutscher polizeilicher Gefangenener von den Franzosen bewacht wird, müssen die dort untergebrachten verwundeten Separatisten von einem deutschen Schutzmann, in dessen Begleitung sich ein marokkanischer Soldat befindet, bewacht werden. In der Nacht vom 26. zum 27. Febr. hat der dem deutschen Schutzmann beigegebene Marokkaner eine deutsche Krankenschwester überfallen, die sich losreißen und in das Zimmer des Schutzmannes flüchten konnte. Der marokkanische Soldat wurde am nächsten Tage von der Besatzungsbehörde festgenommen.

Dresden, 4. März. Die Groß-Dresdener Sozialdemokratie nahm eine Entschließung an, welche die Politik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion tadelt. Zum Spitzenkandidaten für die Reichstagswahlen für Ostschlesien wurde der frühere Kultusminister Fleischer gewählt. Ferner wurden weitere 6 Kandidaten aufgestellt, die ebenso wie Fleischer dem linken Flügel der Partei angehören.

Berlin, 3. März. Das Wolff-Büro meldet: Wie wir von amtlicher Stelle erfahren, ist der im Hochverratsprozeß gegen Hitler und Graeser von dem Oberleutnant Wagner erwähnte angebliche Bizefeldwebel Ebert meder der Neffe des Reichspräsidenten, noch ist er sonst mit dem Reichspräsidenten verwandt, noch bestehen irgendwelche andere persönliche Beziehungen zwischen dem Reichspräsidenten und ihm.

Berlin, 3. März. Durch die Beforderung des Reichshanzlers mit den sozialdemokratischen Parteiführern Müller-Frankan und Breisitzfeld über die durch die Roterordnungen der Regierung geschaffene Lage und deren Behandlung im Reichstag ist, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, irgendeine Veränderung nicht eingetreten. Die Beförderungen zwischen dem Reichshändler und den sozialdemokratischen Führern wurden auch nicht weitergeführt werden. Von beiden Seiten ist der bekannte sich entgegenstehende Standpunkt festgehalten worden.

Berlin, 3. März. Das Reichshabinnett genehmigte in seiner heutigen Sitzung den Entwurf eines Gesetzes, das den Reichsminister der Finanzen ermächtigt, Reichskreditvermögen über 1, 2, 3 und 5 Mk. bestehen zu lassen. Der Gesamtbetrag der neuen Reichskreditvermögen soll bis auf Weiteres 5 Mark für den Kopf der Bevölkerung des Reiches nicht überschreiten. — Vertreter der Beamtenorganisationen hatten eine Aussprache mit dem Reichsfinanzminister über die Gehaltsaufbesserung. — In Fürstentum bei Berlin wurde ein Betrieb fälscher 100 Billionen Scheine aufgedeckt. Vier Personen, die noch Fälscherei im Besitz hatten, wurden verhaftet. Die Herkunft der Fälscherei, die auch in Berlin in Umlauf gesetzt worden sind, ist noch nicht festgestellt. — Die beiden Roger Hoffmann und Schulz, die dem Berliner Mörder Friedmann ermordet und beraubt haben, wurden wegen Totschlozes zu je 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Hamburg, 3. März. Im Hamburger Landgebiet haben gestern die Wahlen der Abgeordneten zum Landesausschuß und zu den Gemeindevertretungen stattgefunden. Die Wahlbeteiligung war überall gut. Die betrug etwa 75—82 Proz., in einem Falle sogar 99 Prozent. Nach dem bisher vorliegenden Ergebnis wird sich der Landesausschuß voraussichtlich zusammensetzen aus sechs Vertretern der Bürgerliste, zwei Demokraten, sechs Sozialdemokraten und einem Kommunisten. Es fehlt noch das Wahlergebnis von Moisburg. Bei den Gemeindevorsteherwahlen erhielten in Cuxhaven und Bergedorf die bürgerlichen Parteien die Mehrheit gegenüber den Sozialdemokraten und Kommunisten, während in Geesthacht zwei Bürgerliche neun Kommunisten und vier Sozialisten gegenüberstehen. In den Waldorf werden sich die Gemeindevorstellungen im großen und ganzen wie bisher zusammensetzen.

Stettin, 3. März. Am Samstag wurden auch die Werften in Stettin geschlossen und die Arbeiterschaft ausgesperrt, nachdem bereits vor einigen Tagen die Werften in Hamburg, Bremen und Kiel die Betriebe geschlossen hatten, weil die Arbeitnehmer die Annahme des in Hamburg gefällten Schiedsspruches auf Einführung der neunständigen Arbeitszeit abgelehnt haben. Bei der Vulkan- und Eiswerke, in den Dornwerken und der Wälsche sind heute die Betriebe vollständig stillgelegt. In Stettin sind von der Aussperrung etwa 77000 Arbeiter betroffen.

Mendenburg, 4. März. Der Landesparteitag der Deutsch-demokratischen Partei Schirmm-Hollstein, Lübeck und Lauenburg hat als ersten Kandidaten für die Reichstagswahlen den Volksherrn A. D. Graf Bernstorff einstimmig wieder aufgestellt.

London, 4. März. Reuters meldet aus Shanghai, die Verhandlungen zwischen Japan und Rußland in Wladivostok können zu einer ersten Lage führen. Nach Berichten aus Tokio beschuldigen die Russen die Japaner in Wladivostok der Spionage. Die japanische Regierung weist diese Beschuldigung als unbegründet zurück.

Konstantinopel, 4. März. Die Nationalversammlung in Angora

hat den Geheißwort betreffend die Abhebung des Kaltes und die Abschaffung des Kalists angenommen.

Berliner Stimmen zu MacDonalds Brief.

In Berliner politischen Kreisen hält man die Möglichkeiten doch aus dem Zwiespruch MacDonalds bei Poincaré greifbare Ergebnisse herborgelien könnten, nicht eben für übermäßig groß. Man ist der Ansicht, daß die Rulst, die hier gespielt wird von der, die man bisher vernahm, sich im Grunde nur durch die gedämpfere Tonart auf beiden Seiten unterscheidet. Ob MacDonald mit seiner neuen Methode mehr Erfolg haben wird als seine konservativen und liberalen Vorgänger, bezeuget bestrittlichem Zweifel. Dieser Skeptizismus drückt sich auch in der Berliner Presse aus. Selbst der „Vorwärts“ muß bekennen, daß der Weg der Verständigung zwischen London und Paris noch sehr schwierig ist. Es sei indes MacDonalds Verdienst, ihn mit dem festen Blick auf das Ziel einer Verständigung durch Gerichtigkeit betreten zu haben. — Bemerkungen werden — und mit Recht — an den englischen Hinweis auf eine Neutralisierung und Entmilitarisierung des Rheins und vielleicht auch des Ruhrgebiets geknüpft. Es ist das bekanntlich ein Gedanke, den MacDonald von den früheren englischen Regierungen übernommen hat. Die „Zeit“ bemerkt dazugehend: „Für Deutschland jede Regelung unstatthaft, die uns einseitig Neutralitätsverpflichtungen auferlegt oder die in die Souveränität der deutschen Regierung im Rhein- und Ruhrgebiet zu Gunsten irgend einer Kontrollgewalt eingreift.“ Die „Völkische Zeitung“ ist wiederum das einzige Blatt, das aus Poincarés Antwortlaut glaubt Honig saugen zu müssen. Sie rindet heraus, daß Poincaré eine gewisse Bereitwilligkeit zeige, innerhalb bestimmter Grenzen positive Völkerverbandspolitik zu treiben, und legt der deutschen Regierung nahe, ihrerseits in dieser Frage die Initiative zu ergreifen.

Die Londoner Presse beurteilt den veröffentlichten Briefwechsel zwischen MacDonald und Poincaré, der im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht, wohlwollend, jedoch mit einer gewissen Zurückhaltung. Einige Blätter heben hervor, daß Poincarés Darstellung der französischen Politik ansehnlich ist.

Gegen französische Verdrähtungen.

Davos wußte kürzlich mitzuteilen, daß die Sachverständigenausschüsse der Reparationskommission bei ihrem Aufenabst in Berlin die „auffällige Entdeckung“ gemacht hätten, daß Deutschland seit dem Waffenstillstand 1800 Lokomotiven und 100 000 Waggon gebaut habe. Das sei ein wirkliches Beispiel für die deutsche Produktionsfähigkeit und gleichzeitig für den Mangel an gutem Willen, die Produktionsfähigkeit in den Dienst der Vertragserfüllung zu stellen. — Wie wir hierzu erfahren, dürften die Sachverständigen nicht in die Lage gekommen sein, diese „Entdeckung“ zu machen, da seit dem Waffenstillstand nur 806 Lokomotiven und 216 350 Güter- und Gekochwagen für die Reichsbahn beschafft wurden und zwar als Ersatz für die Kriegsverluste und für die auf Grund des Waffenstillstands- und Friedensvertrages erfolgte Abgabe von 85 Lokomotiven und 280 013 Gepäcks- und Güterwagen.

Dr. Schacht vor den Sachverständigen.

Paris, 3. März. Die Bankinterkommission des Ausschusses Davos hörte heute vormittag den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht an, welchem der Vorsitzende der Kreditkommission Weiser, zur Seite stand. Die geplanten Statuten der Emissionsbank für goldwertige Noten wurden im Beisein von Dr. Schacht einer Prüfung unterzogen. Die Anhörung von Reichsbankpräsident Dr. Schacht wird heute nachmittag fortgesetzt. Reichsbankpräsident Dr. Schacht, der heute abend Paris wieder verläßt, verhandelte heute vormittag und nachmittag fünf Stunden mit dem Bankinterkommission über die zu gründende Goldkreditbank, u. a. auch der Uebergang der Goldkreditbank in die geplante endgültige Bank besprochen. Reichsbankpräsident Dr. Schacht wird am kommenden Montag nochmals mit dem Bankinterkommission verhandeln.

Regierung und Reichstag.

Berlin, 3. März. Der Reichskanzler hat am heutigen Nachmittag sich mit den Sozialdemokraten über die politische Lage unterhalten und ihnen seine Auffassung auseinandergesetzt, die sich hertz auf die Formen bringen läßt, daß er entschlossen ist, den Reichstag aufzulösen, falls eine Mehrheit im Reichstag an lebenswichtigen Teilen der Reihenordnung verumzulässigter versuchen will. Aber die Regierung geht noch einen Schritt weiter. Sie will sich nicht in die Abwehr drängen lassen, und wenn sich zeigt, daß ihre Verhandlungen keinen Erfolg haben durch eine Rede des Kanzlers ihren Unschluß ankündigen lassen, daß von der Regierung mit dem Antrag eines Vertrauensvotums gerechnet wird. Damit wäre dann die Situation geklärt. Die Sozialdemokraten behaupten, daß sie deshalb ihre Änderungsanträge nicht zurückgeben wollen. Ob das ihr letztes Wort ist, bleibt abzuwarten. Wer zwischen den Zeilen zu lesen versteht, der weiß, daß die Sozialdemokraten froh wären, wenn sie ein brauchbares Kompromiß, das heißt ein Kompromiß, der die Auflösung des Reichstags um einige Wochen hinausschiebt, aber ihnen doch auch in ihrem Kampf gegen die Kommunisten die Lage nicht allzu sehr erschwert, ändern. Wenn sie sich hiermit der Regierung finden wollen, müssen sie ihr sehr weit entgegenkommen. Die Regierungsparteien haben dem Kabinettschön Ende vergangener Woche ihre Auffassung entwickelt, daß ein Kompromiß mit den Sozialdemokraten mehr wie ein Rückgeben der Regierung aussehe würde, und nach ihrer Meinung nicht ratsam sei, eine Auffassung, die der Reichskanzler selbst und mit ihm der Innenminister teilt. Die Sozialdemokratischen Vertreter werden also ihrer Fraktion Bericht erstatten, und von dem Ergebnis dieser Fraktionssitzung wird es dann abhängen wie sich die Lage weiter entwickelt.

Der Hitler-Prozess.

München, 3. März. In der heutigen Vormittagssitzung wurde zunächst von verschiedenen Seiten zu den Angriffen im

Sie brauchen

Rechnungen, Quittungen, Couverts, Prospekte, Statuten, Postkarten, Zahlkarten, Zahlungsloschen, Aufklebendressen, Programme, Visiten, Verlobungs- und Hochzeitsschreiben, Trauerbriefe, Trauerkarten, :::: Geschäftsbriefbogen, Mitteilungen. ::::

Sie werden vorteilhaft und preiswert bedient in der „Ergäuter“-Druckerei in allen Arten von

Druckfachen!

